

Schleswig-Holsteinscher Landtag

**Umdruck 15/3216**

**Verband Hochschule und Wissenschaft  
in DBB Beamtenbund und Tarifunion  
Landesverband Schleswig-Holstein  
Kopperpahler Allee 92  
24119 Kronshagen  
Der Landesvorsitzende Dr. Udo Rempe  
eMail: [Udo.Rempe@ifH.Uni-Kiel.DE](mailto:Udo.Rempe@ifH.Uni-Kiel.DE)  
Tel. und Fax 0431/544717**

**31. März 2003**

An den  
Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei den Mitgliedern des Landesverbandes Schleswig-Holstein ist, soweit sie sich auf Aufforderung des Landesvorstands hin zu dem Gesetzentwurf der FDP äußerten, weder bei jenen, die eher der Wiedereinführung von Studiengebühren zuneigen, noch bei der Mehrheit, die Studiengebühren eher ablehnen, der Gesetzentwurf der FDP auf uneingeschränkte Zustimmung gestoßen.

Eines der Mitglieder stellte zwar fest, dass die vorgesehene studiengebührenfreie Zeitspanne wirklich für den Studienabschluss reichen müsse. Jedoch ist nach dem Sinn von Regelungen zu fragen, die einen erheblichen Verwaltungsaufwand zur Folge haben, letztlich kaum einen Studierenden während seines Erststudiums erfassen, andererseits aber in Fällen, in denen ein Wechsel der Studienrichtung (selbst wenn dieser eigentlich früher hätte erfolgen sollen) dringend anzuraten ist, zu Schwierigkeiten führen könnten. Eines unserer Mitglieder hat darauf verwiesen, dass ein derartiger Studienwechsel auch im Falle einer sich ändernden Nachfrage im Interesse der Allgemeinheit sein kann und dann das Heraufsetzen der Hemmschwelle ungünstige Effekte hätte.

Die Diskussion zeigte, dass der Beschluss eines derartigen Gesetzes eher neue Probleme schafft. Die vorgeschlagenen Regelungen sind nicht eingebettet in ein leistungsorientiertes Gesamtkonzept für das deutsche Bildungssystem und daher eher kontraproduktiv.

Der VHW-Bundesvorstand hat sich nach wiederholten ausführlichen Diskussionen am 29. März 2003 erneut gegen Studiengebühren ausgesprochen: "Die Einführung von Studiengebühren stellt grundsätzlich kein Mittel dar, um mehr Studierende an die Hochschulen zu bringen und die Studienzeiten nachhaltig zu verkürzen." Dabei wurde darauf verwiesen, dass laut HIS von jedem Studierenden oder dessen Familie je Studienmonat 1285 Euro aufzubringen sind. Das müsste nach Ansicht des Bundesvorstands des VHW ausreichen, um zu einer straffen Gestaltung des Studiums beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Udo Rempe